

Initiativen und Runde Tische

| Das Bürger-Portal www.online-boycott.de sowie das Bürger-Forum www.gez-boycott.de bieten eine Plattform zum Austausch von Ideen, Beispiel-schreiben, Erfahrungen zu Widersprüchen/ Klagen, sowie zur bundesweiten Koordinierung.

Bundesweit haben sich in zahlreichen Städten **Runde Tische** für den direkten **Erfahrungsaustausch, Beratung bei Problemen mit dem Beitragsservice und die Planung von Protest-Aktionen** (u.a. regelmäßige Infostände in den Fußgängerzonen) formiert.

Nähere Informationen zu den runden Tischen finden Sie unter: www.tiny.cc/runde-tische



Bezahlen ist DemokratieABGABE Verweigerung ist DemokratieERHALT

| Der **Ständige Publikumskonferenz e.V.** setzt sich im Namen der Bürger mit fundierten **Programm-beschwerden** für die Wahrnehmung und Förderung der demokratischen Mitsprache bei der Umsetzung des gesellschaftlichen Programmauftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein und übernimmt somit dort Verantwortung, wo seit Gedenken die eigentlichen „Kontrollgremien“ kläglich versagen. Bisher wurden ausnahmslos alle der zahlreichen Programm-beschwerden mit fadenscheinigen Begründungen zurückgewiesen!
www.publikumskonferenz.de

Impressum
Bürgerinitiative "Grundrechte bewahren"
von GEZ-Boycott.de und online-boycott.de
Dipl.-Ing. René Ketterer
Achauerstr. 8; D-78647 Trossingen

Alle Angaben ohne Gewähr. Die in diesem Flyer enthaltenen Informationen und Hinweise stellen keine Rechtsauskunft und keine Rechtsberatung dar.

Rechtsverstöße der Beitragsregelung

Zahlreiche fundierte Gutachten und juristische **Abhandlungen** bescheinigen dem als "einfach", "zeitgemäß", "fair", "gerecht", "sozial" und "solidarisch" angepriesenen "Rundfunkbeitrag" **eklatante Rechtsverstöße**.
<http://tiny.cc/Gutachten>

Das **Bundesverwaltungsgericht** wies im März und Juni 2016 mehr als 20 Revisionen fundierter Privatklagen in **copy&paste Urteilen** mit **schwacher Urteilsbegründung** ab, die von namhaften Rechtswissenschaftlern, u.a. dem **ehem. Richter des Bundesverwaltungsgerichts Dr.M.Pagenkopf**, unter erheblicher Kritik steht.
<http://tiny.cc/dr-pagenkopf>

Der Rechtswissenschaftler Dr. Kay Winkler zieht in seiner Abhandlung **"Der Rundfunkbeitrag im Konflikt mit der Verfassung"** (K&R 2016, 478) das Fazit:

"Die Einführung des Rundfunkbeitrags ist ein **rechtstaatliches Debakel**. [...] In Anbetracht der hier dargestellten verfassungsrechtlichen Zweifelsfragen **muss die Homogenität der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung verwundern**. Auch **das Urteil des BVerwG kann nicht überzeugen**. [...] Ohne Abkehr von seiner bisherigen Rechtsprechungslinie **wird das Verfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des Rundfunkbeitrags nicht feststellen können**."

Zehntausende Widerspruchs- und Klageverfahren von Bürgern und Firmen, sowie nun mindestens vier Verfassungsbeschwerden sind anhängig. Täglich kommen neue hinzu. Bundesweit reißen Proteste, Unterschriftenaktionen/Petitionen nicht ab.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten berichten darüber natürlich nicht, reagieren auf die Kritik mit Arroganz und fahren anstatt dessen teure Imagekampagnen.

Der Protest und die Kritik der Bürger und Juristen wird abgewiegelt / ausgesessen / ignoriert!

ARD  ZDF 

Deutschlandradio 
BEITRAGSSERVICE

...so **GEZ** nicht weiter!

GRUNDRECHTE BEWAHREN !

Zahlungs**ZWANG STOPP !**
Rundfunk**REFORM JETZT !**

Wahlfreiheit

an der Teilnahme & Finanzierung

Umfassende inhaltliche & strukturelle

Reformen

Kritik der
Bürger | Rechtswissenschaftler | Datenschützer
Medienpolitiker | Landesrechnungshöfe
endlich ernst nehmen !

Die **Versäumnisse**
Jahrzehntelanger Medienpolitik
endlich aufarbeiten !

Protestieren auch Sie !

Infos, Diskussionen, Aktionen,
Strategien, Links, runde Tische
und vieles mehr:

www.rundfunk-protest.de

Hier **GEZ** um mehr als 17,50 Euro im Monat!



Gründe des Protests

- * **86 öffentlich-rechtliche Radio- und TV-Programme kosten täglich (!) 21 Millionen Euro:** Viel mehr, als für die verfassungsgemäße, nie bregrenzend definierte **Grundversorgung** notwendig wäre.
- * **Bildung, Information und Kultur**, der vordringliche Programmauftrag der ÖRR-Anstalten, kommen zu kurz: Die Priorisierung von Einschaltquoten führte dazu, dass 3/4 des Programms der vorwiegend seichten Unterhaltung vorbehalten sind, Bereiche, die inzwischen bestens durch die privaten Sender abgedeckt sind.
- * Unparteiische, objektive und ausgewogene **Berichterstattung** kann von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ebensowenig vorausgesetzt und garantiert werden, wie von den privaten Rundfunkanstalten.
- * Unser Recht auf **freie Wahl der Medien** (Print, Funk, Internet) wird durch staatlichen Eingriff in unser finanzielles Budget indirekt eingeschränkt: Uns **fehlen jährlich 210 Euro** für andere - und nicht nur mediale - Angebote von Bildung, Kultur und Information. **Private Medien** von teils besserer journalistischer oder künstlerischer Qualität werden **benachteiligt**, womöglich sogar verdrängt.
- * **Singlehaushalte** (37% aller Haushalte) werden durch die undifferenzierte Beitragsordnung weitaus **stärker belastet** als Bewohner von Mehrpersonenhaushalten.
- * Das Beitragsmodell ist **unsozial**: Arme zahlen dasselbe wie Reiche, zuvor befreite schwerbehinderte Menschen sind nun zahlungspflichtig.
- * **Mehrfachabgaben**, z.B. für Geschäfts-/Büroräume, Zweitwohnung sind praktisch nicht zu rechtfertigen und führen zur Verteuerung von Produkten und Dienstleistungen. (Mit jedem Einkauf bezahlen Sie weitere Rundfunkgebühren!)
- * Besonders unfair trifft der "Beitrag" diejenigen, die sich bewusst für ein **Leben ohne Fernsehen** entschieden haben. **Nichtnutzer** werden als "Schwarzseher" oder "Beitragsverweigerer" **diskriminiert**.

* Obwohl ARD-ZDF-Deutschlandradio unabhängig sein sollten, werden Entscheidungen **der Rundunkräfte bzw. Fernsehräte** in hohem Maße von in den Gremien vertretenen **Parlamentariern** dominiert.*

* Die **Gehälter** vieler Intendanten und „Star“-Moderatoren des ÖRR, die die Einkünfte von Spitzenpolitikern bei weitem übertreffen, sowie **üppige Renten** (zusätzlich zur gesetzlichen Rente!) lesen sich wie eine Verhöhnung breiter Bevölkerungsschichten, von denen die hierfür erforderlichen "Beiträge" notfalls zwangsvollstreckt werden.

* Nur weil der ÖRR seine Inhalte im Internet **unver-schlüsselt** anbietet, ist es nicht schlüssig, neben privaten Anbietergebühren auch noch öffentlich rechtliche Rundfunkabgaben zu bezahlen. **Ein Computer ist per se kein Rundfunkempfangs-gerät!** In **keinem anderen der EU-Mitgliedsstaaten** besteht eine Anknüpfung von Rundfunkabgaben an internetfähige PCs/Smartphones. In Österreich und Schweden wurde der Versuch, dies durchzusetzen, von den höchsten Gerichten als rechtswidrig eingestuft!

* **20 Millionen Mahnschreiben** und **1,4 Millionen Vollstreckungsersuche** allein im Jahr 2015, **Kontenpfändungen, SCHUFA-Einträge, Erzwingungs-haft** u.m. **kriminalisieren JEDEN**, der sich bewußt **für die FREIHEIT** und **gegen diesen ZWANG** entscheidet.

* Der ÖRR hat im Jahr 2014 Beiträge in Höhe von **8,34 Milliarden Euro** kassiert, **verweigert** aber dem Beitragszahler **Rechenschaft** über die genauen Verwendungszwecke und Höhe der Ausgaben.

* Zahlreiche **juristische Abhandlungen und Gutachten**, u.a. ein Gutachten des wissenschaftlichen Beirats des Finanzministeriums **stellen die Verfassungsmäßigkeit** des Rundfunkbeitrags mit gewichtigen Argumenten **in Frage**.

Die Justiz hat aber bisher immer im Sinne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bzw. des Gesetzgebers entschieden. Die Verandelung von Staat, Justiz und Medien wird immer offenkundiger.

Forderungen an die Landespolitik

... die sofortige **Kündigung** des unsozialen und grundrechtswidrigen Rundfunk"beitrags"staatsvertrages zum nächstmöglichen Termin.

... vor Abschluss oder Verhandlung neuer Gesetze eine öffentliche **Grundsatzdebatte** über **Legitimation, Inhalt, Umfang, Strukturen und Finanzierung** des ö.r. Rundfunks.

... Diskussion und Einleitung grundlegender und weitreichender **Reformen** des ÖRR.

Die Medienpolitik ignoriert seit Jahr und Tag **bekannte Fehlentwicklungen** beim ö.r. Rundfunk.

Wenn die **kollektive Fehlentscheidung** der gewählten Vertreter so offensichtlich wie in der verfehlten Medienpolitik der letzten Jahrzehnte zum Ausdruck kommt, müssten dann nicht zumindest die Vertreter der **„Kontrollgremien“** ihre Stimme erheben, auf Fehler hinweisen und auf deren Korrekturen drängen?

Möglichkeiten des Protests:

- * Diskutieren Sie das Thema im **Familien- und Bekanntenkreis**, besuchen Sie unsere **runden Tische**
- * Sprechen Sie mit Ihrem **Landtagsabgeordneten** (Bürgersprechstunde). So finden Sie Ihren Abgeordneten: <http://tiny.cc/MdL>
- * Nehmen Sie an laufenden **Petitionen** teil <http://tiny.cc/Petitionen>
- * Beschreiten Sie die Möglichkeit des Rechtswegs **Zahlungsverweigerung > Beitragsbescheid > Widerspruch > Widerspruchsbescheid > Klage** Wichtige Informationen hierzu finden Sie unter <http://tiny.cc/gez-boycott-ablaufschem>
- * weitere Protest-Strategien und Informationen von tausenden von Mitstreitern finden Sie auf www.gez-boycott.de

"Zuerst ignorieren sie Dich, dann lachen sie über Dich, dann bekämpfen sie Dich - und dann gewinnst Du!"

Mahatma Gandhi